

# Der Zwilling des Bargelds

**Digitaler Euro.** Mit seiner Einführung soll der europäische Zahlungsverkehr unabhängiger werden.

VON DER 3CK2 DER COMIT-HAK KREMS

Der europäische Zahlungsverkehr erreicht einen Wendepunkt. Während Waren, Dienstleistungen und Kapital längst grenzenlos durch den Binnenmarkt fließen, bleibt das Bezahlen fragmentiert. Nationale Lösungen dominieren, eine wirklich europaweite Infrastruktur fehlt.

Gleichzeitig wächst die Abhängigkeit von internationalen Anbietern: In 13 von 21 EU-Ländern sind Point-of-Sale-Zahlungen vollständig in der Hand nicht europäischer Systeme wie Visa oder Mastercard. Vor diesem Hintergrund gewinnt ein Projekt zunehmend an politischer und wirtschaftlicher Bedeutung: der digitale Euro.

Konzipiert als zentrales Digitalbankgeld der Europäischen Union, soll er Bargeld nicht ersetzen, sondern ergänzen. „Es wird der digitale Zwilling zum Bargeld sein“, betont Mag. Claudia Schneglberger vom Bankenverband im Interview.

## Vertrauen schaffen

Anders als Bankeinlagen, die durch die Einlagensicherung garantiert sind, wäre der digitale Euro direkt durch die Zentralbank gedeckt, allerdings ohne Verzinsung. Ziel ist es, ein einheitliches gesetzliches Zahlungsmittel auch für den digitalen Raum zu schaffen - verlässlich, EU-weit akzeptiert und technologisch unabhängig.

Die geplante Infrastruktur soll vollständig auf europäischen Lösungen basieren. Zahlungen wären sowohl online als auch offline möglich. Ausgegeben würde der digitale Euro über bestehende Zahlungsdienstleister wie Banken. Eine Obergrenze für Guthaben - derzeit wird über rund 3000 Euro diskutiert - soll verhindern, dass größere Einlagen aus dem Bankensystem abgezogen werden. Transaktionen hingegen sollen nicht limitiert werden.

Ein zentraler Aspekt des Projekts ist der Datenschutz. Die Identität der Nutzer bleibt bei den Zahlungsdienstleistern, etwa zur Bekämpfung von Geldwäsche oder Terrorfinanzierung. Auf Ebene der Europäischen Zentralbank werden nur jene Daten verarbeitet, die technisch unbedingt erforderlich sind - und das in pseudonymisierter Form.



Der digitale Euro soll zum Symbol europäischer Souveränität im Zahlungsverkehr werden. [Bankenverband]

Schneglberger verweist auf die technische Ausgestaltung: „Der Offline-digitale-Euro wird nahezu wie Bargeld funktionieren - anonymisiert und tokenbasiert, ohne dass jemand nachvollziehen kann, wer wem wie viel bezahlt.“

Für Verbraucher könnte der digitale Euro vor allem eines bringen: Einfachheit. Einheitliches Bezahlen im gesamten Euroraum, online wie offline, und das kostenlos sowie gesetzlich abgesichert. Der Handel dürfte von niedrigeren Gebühren profitieren, die Abhängigkeit von internationalen Zahlungsriesen würde reduziert. Banken sehen in der neuen Infrastruktur eine

Chance, im Wettbewerb mit globalen Technologiekonzernen ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken und eigene Innovationen auf einer gemeinsamen europäischen Plattform zu entwickeln.

Der Zeitplan ist ambitioniert: Nach einer zweijährigen Untersuchungsphase von Oktober 2021 bis Oktober 2023 legte die Europäische Kommission im Juni 2023 einen Legislativvorschlag vor.

„Jetzt sind wir in der spannenden Phase, dass wahrscheinlich noch dieses Jahr das Gesetz fertig sein wird - wir stehen so knapp davor“, erklärt Schneglberger. Mitte bis Ende 2026 könnte die entsprechende EU-Verordnung beschlossen werden, die - nach einer Übergangsfrist - den Weg für die Einführung ebnet. Die erste Ausgabe an Verbraucher wird derzeit für das Jahr 2029 anvisiert.

Ob der digitale Euro tatsächlich zum Symbol europäischer Souveränität im Zahlungsverkehr wird,

**Steuern.** Die seit fünf Jahren geltende Organisationsreform verfolgt das Ziel, Österreichs Finanzverwaltung zu vereinheitlichen und effektiver zu machen.

## Eine neue Behördenlandschaft

VON SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN DER 4AK DER BHAK/BHAS HOLLABRUNN

Niemand zahlt gerne Steuern, aber der Staat kann auf sie keinesfalls verzichten. Denn damit finanziert er Schulen, Straßen, Krankenhäuser, Polizei, Feuerwehr und vieles mehr. Wir profitieren also täglich von den mit Steuern finanzierten Leistungen - auch wenn wir uns dessen meist nicht bewusst sind.

Die österreichische Finanzverwaltung hat in den vergangenen Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen. Mag. Roland Macho, Fachbereichsleiter des Finanzamts für Großbetriebe, ist die kompetente Auskunftsperson, will man sich über Sinn und Zweck dieser Organisationsreform informieren, die am 1. Januar 2021 in Kraft trat.

Damals, so erfahren die Schülerinnen und Schüler der 4AK der BHAK/BHAS Hollabrunn im Gespräch mit Roland Macho, wurde die alte Struktur aus 40 regionalen

Finanzämtern aufgelöst und durch eine bundesweite, funktional organisierte Behördenlandschaft ersetzt. Ziel dieser Neuordnung: mehr Effizienz, einheitliche Verfahren und höhere Steuergerechtigkeit durch Spezialisierung. Übergeordnet steht das Bundesministerium für Finanzen, das strategische Ausrichtung, Budgetplanung und die Gesetzgebung verantwortet.

### 60 Infocenter

Das Finanzamt Österreich ist die größte Einheit und erster Ansprechpartner für Bürgerinnen, Bürger sowie kleine und mittlere Unternehmen. Als Einheitsbehörde ist seine Zuständigkeit nicht mehr an Wohn- oder Unternehmenssitz gebunden, was flexiblere Ressourcen ermöglicht. Dennoch blieben bei der Reform mehr als 60 Standorte mit Infocentern erhalten. Zu den Hauptaufgaben zählen Arbeitnehmeranmeldung, Einkommensteuer, Familienbeihilfe und die Verwaltung von Verkehrssteuern wie der Grunderwerbsteuer oder

von gerichtlichen Gebühren. Durch die Bündelung wird eine österreichweit einheitliche Beurteilung gewährleistet.

Für die größten Unternehmen wurde das Finanzamt für Großbetriebe geschaffen. Es betreut Unternehmen mit mehr als 12,5 Millionen Euro Umsatz, Banken, Versicherungen und multinationale Konzerne. Ein zentrales Element ist die begleitende Kontrolle: ein dialogorientiertes, präventives Modell, das steuerliche Fragen früh klärt, Rechtssicherheit schafft und langwierige Außenprüfungen reduziert. Eine weitere Säule ist das Zollamt Österreich. Es kontrolliert nicht nur Reisende, sondern sichert den internationalen Warenverkehr, erhebt Zölle und Einfuhrumsatzsteuer, verwaltet Verbrauchsteuern auf Mineralöl, Tabak, Alkohol oder Energie. Damit schützt es Wirtschaft und Konsumenten. Zur Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten existiert das Amt für Betrugsbekämpfung (ABB) in Wien. Es bündelt Finanzpolizei, Steuerfahndung

### AUF EINEN BLICK

Am Projekt „Jugend – Zeitung – Wirtschaft“ der „Presse“ nehmen teil:

Vienna Business School Akademiestraße; Vienna Business School HAK III Schönborngasse; BHAK und BHAS Wien 10 (2 Klassen); BHAK und BHAS Wien 22; Vienna Business School Augarten; BHAK/BHAS Hollabrunn (2 Klassen); VBS Mödling; BHAK für Führung und Sicherheit, Wiener Neustadt; BHAK/BHAS St. Pölten; HAK/HAS Krems (2 Klassen); BHAK/BHAS Zwettl; Schulzentrum Gmünd; HTBLA Wels (2 Klassen); BHAK/BHAS Gmunden; hakswei Salzburg; BHAK I Salzburg; BHAK & BHAS Oberndorf; BHAK/BHAS Kitzbühel (2 Klassen); ecoTeffs-HakHas; Handelsakademie Landeck; BHAK und BHAS Feldkirch; BHAK BHAS Weiz

### Projektpartner:

Akademie der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen Wien; PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs; Verband österreichischer Banken und Bankiers; Verbund AG

### Pädagogische Betreuung:

IZOP-Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren, Aachen

### Ansprechpartner:

Titus Horstschafer

### INFORMATION

Die Seite „Jugend – Zeitung – Wirtschaft“ beruht auf einer Medienkooperation der „Presse“ mit dem IZOP-Institut. Finanziert wird sie von fünf Sponsoren.

hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, Vertrauen zu schaffen - in Technik, Datenschutz und politischen Willen. Klar ist: Die Debatte über die Zukunft des Geldes in Europa hat gerade erst begonnen.

## VERBUND

VON HAIFAA AL HAJ SAEED, NOAH KHAWAR UND LUKA RAKIC, BHAK WIEN 10

Stabiler Kurs auf rauer See

Wenn die Verbund AG zur jährlichen Hauptversammlung ruft, ist viel Platz vonnöten. Denn als eine der größten börsennotierten Aktiengesellschaften Österreichs wird ein großer Zustrom von Aktionären erwartet, die sich über das vergangene Wirtschaftsjahr informieren und an wichtigen Abstimmungen beteiligen wollen.

### Bericht des Vorstands

Daher lädt man am 21. April in die Halle F der Wiener Stadthalle. Das Halbrund ist in schummeriges blaues Licht getaucht, die Bühne hell beleuchtet, darauf sechs Personen, darunter Verbund-Generaldirektor Michael Strugl, Finanzvorstand Peter Kollmann und Aufsichtsratsvorsitzende Edith Hlawati. Erster wesentlicher Programmpunkt: der Bericht des Vorstands. Insgesamt hat demnach die Verbund AG im Geschäftsjahr 2025 in schwierigerem Umfeld erfolgreich gewirtschaftet. Dieses Umfeld war unter anderem von Inflation und dem Energiekrisenbeitrag geprägt, aber grundlegend auch von einem niedrigeren Strompreis und dem schwachen Wasserangebot im sehr trockenen Jahr 2025. Trotz aller Turbulenzen hält die Verbund AG stabil Kurs auf rauer See. Hintergrund ist der notwendige massive Ausbau der Stromgewinnung - soll deren Kapazität doch von aktuell 33,5 Gigawatt auf 57,8 GW im Jahr 2040 steigen.

### Mehr erneuerbare Energie

Hier setzt die Verbund-Strategie 2035 an. Die besonderen Akzente dabei: der Ausbau der grünen Energie-Erzeugung in Europa und des Energieträgers Wasserstoff. Neubauten wie das Kraftwerk Stegenwald oder die Salzburgleitung stehen dabei dem Ausbau der Erneuerbaren zur Seite - hier sind Anfang 2026 bereits 1,26 GW installierte Leistung im Betrieb.

Das Projekt Verbund X wiederum widmet sich der konsequenten Umsetzung von Innovation gemeinsam mit Start-ups. Dazu gehören SmartHelio für die automatische Datenanalyse von Photovoltaik-Systemen, die zu einem gesteigerten Energieertrag führt, und Easelink für automatisiertes E-Auto-Laden. Das alles bedeutet vor allem stark steigende Investitionen. Bis 2028 sollen rund 6,8 Milliarden Euro unter anderem für das Netz, neue Erneuerbare und Wasserkraft aufgewendet werden. Unter all diesen Informationen und Daten eine sehr gute Nachricht für die anwesenden Aktionäre: Auch für 2025 wird eine attraktive Dividende ausgeschüttet, nämlich zwei Euro plus eine Sonderdividende von 1,15 Euro. Das ergibt bei einem Aktienkurs von 65 Euro eine Dividendenrendite von rund fünf Prozent.

Nach den Referaten des Vorstands haben die Aktionäre das Wort. Jeder hat das Recht, seine Fragen zu den Punkten der Tagesordnung zu stellen und darüber Auskunft zu erhalten, welche die Vorstandsmitglieder mit Hilfe eines wohlbesetzten Back-Office auch ausführlich erteilen. Zu Mittag lichten sich die Reihen im Auditorium merklich, wird doch ein Stock tiefer das „kleine Mittagessen“ serviert. Aber die Hauptversammlung dauert noch bis in den Nachmittag.